



dbb beamtenbund und tarifunion, GB Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin

Mitglieder der Geschäftsführung der
Bundestarifkommission des dbb

Mitglieder der Bundestarifkommission des dbb

Mitgliedsgewerkschaften des dbb

dbb einschließlich Landesbünde

dbb bundesfrauenvertretung, dbb jugend,
dbb bundessenorenvertretung

dbb-Dienstleistungszentren

24. Januar 2023 Be/Sz/ki

Nr. 3/2023

Auftakt der Einkommensrunde 2023 mit Bund und Kommunen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 24. Januar 2023 haben in Potsdam die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) begonnen. Der dbb hat den Arbeitgebern zum Auftakt seine Forderungen dargestellt und ausführlich begründet.

Der dbb fordert:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro sowie eine verbindliche Zusage zur unbefristeten Übernahme der Azubis
- Laufzeit 12 Monate

Des Weiteren erwartet der dbb:

- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und -beamten
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren und sind durch die zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre besonders gefordert. Die Bewältigung der Coronapandemie wäre ohne den großen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst in den unterschiedlichen Bereichen nicht möglich gewesen. Auch für den Umgang mit den Auswirkungen des

Krieges in der Ukraine ist der öffentliche Dienst unverzichtbar – als Beispiele seien hier nur die Umsetzung der von der Politik beschlossenen Hilfspakete, die Koordinierung des Zuzugs von Geflüchteten oder die neuen Herausforderungen für die Bundeswehr genannt. Neben der Arbeitsbelastung, die durch die große Zahl an unbesetzten Stellen noch verstärkt wird, sind die Kolleginnen und Kollegen auch ganz persönlich von den immens steigenden Kosten betroffen, etwa für Heizung, Strom oder Lebensmittel.

Dies alles macht deutliche Entgelterhöhungen unverzichtbar. Die Arbeitgeberseite hat jedoch in der heutigen Auftaktrunde keine Einkommenssteigerung angeboten. Stattdessen hat sie die Forderungen der Gewerkschaften deutlich zurückgewiesen. Insbesondere die VKA hat auf die sehr schwierige finanzielle Lage der Kommunen hingewiesen.

Die Verhandlungen werden am 22. / 23. Februar 2023 in Potsdam fortgesetzt. Der dbb wird bis dahin mit bundesweiten Aktionen für die Umsetzung seiner gut begründeten Forderungen kämpfen. Auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen sind aufgerufen, sich in ihrer Freizeit unseren Aktionen anzuschließen. Denn das geforderte Volumen der Entgelterhöhungen soll zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes übertragen werden. Arbeitnehmende sowie Beamtinnen und Beamte sind also gemeinsam gefordert, die Arbeitgeberseite von den notwendigen Verbesserungen zu überzeugen. Weitere Informationen zu den geplanten Aktionen finden Sie unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer
Stellv. Bundesvorsitzender
Fachvorstand Tarifpolitik